

Die Vision einer neuen Linkspartei mit Leben füllen

Eine neue Kraft links von der SPD bedeutet eine Chance für erfolgreichen Widerstand gegen Sozialabbau. **Christine Buchholz (WASG-Bundesvorstand) und Janine Wissler (WASG-Landesvorstand Hessen) sind dafür, sie zu nutzen.**

Nach der Wahl steht ein Generalangriff auf Sozialstaat und Gewerkschaften bevor. Ein Linksbündnis aus WASG und PDS kann eine starke parlamentarische Opposition dagegen werden, die Linke nachhaltig stärken und den Widerstand auf der Straße und in den Betrieben beflügeln. Der erste Schritt ist ein gemeinsamer Bundestagswahlkampf.

1. Die neoliberalen Parteien wollen den Sozialabbau fortsetzen, obwohl eine Mehrheit dagegen ist.

Die etablierten Parteien in Deutschland stehen vor großen Problemen: *Zum ersten* sind ihre Versuche, über radikale Kürzungsprogramme die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, gescheitert. Die deutsche Wirtschaft steht auf schwachen Füßen, die Arbeitslosigkeit bleibt enorm hoch. *Zum zweiten* stimmen Millionen Menschen grundsätzlich mit der Kürzungspolitik nicht mehr überein. Die neoliberalen Parteien haben sich den Bürgern derart entfremdet, dass nur noch 4 Prozent ihnen eine Lösung sozialer und politischer Probleme zutrauen. Dasselbe Phänomen ist *zum dritten* in ganz Europa zu beobachten. Überall geraten Regierungen in schwere Krisen, weil die Bevölkerung ihre Politik ablehnt. Das Nein zur EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden haben die Europäische Union – einen Zusammenschluss zugunsten der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt, d.h. insbesondere gegenüber den USA – in eine Krise gestürzt.

Die vorgezogenen Neuwahlen sind auf diese Probleme der Herrschenden zurückzuführen. Zum einen konnte Schröder seine Partei nicht mehr zusammenhalten, zum anderen kann sich der deutsche Kapitalismus kein Jahr „Stillstand“ leisten. Die „Reformen“ müssen weitergehen – Hartz V und Hartz VI, das schwebt den Arbeitgebern und den Parteien vor. Hans-Werner Sinn, neoliberaler Vordenker, schreibt: *„Entweder gewinnt Gerhard Schröder, dann ist seine Reformpolitik bestätigt, die Reformen gehen weiter. Oder Angela Merkel wird gewählt. Dann wird auch sie die Reformen fortsetzen. Ohne die vorgezogene Wahl hätte sich innerhalb und außerhalb der SPD eine linke Alternative formieren können, die die Reformen gebremst hätte“*¹.

Mit seiner letzten Bemerkung hat er nicht Recht behalten. Die „linke Alternative“ formiert sich schneller als ihm lieb ist. Es entsteht eine neue Kraft, die das politische Gefüge nach Links verschieben kann. Gegner des Sozialabbaus sollten alles dafür tun, dass sich die Befürchtungen des früheren Präsidenten des streng neoliberalen Instituts für Weltwirtschaft, Horst Siebert, bewahrheiten: *„Durch die Neugründung der Linkspartei aus PDS und WASG verschiebt sich [...] der Nullpunkt des politischen Koordinatensystems nach links. Die SPD setzt sich von ihrem bisherigen Reformansatz ab und die Union ist dabei, der Bewegung nach links ein Stück zu folgen. Das Resultat dieses politischen Wettbewerbs kann am Ende sein, dass sich die Erfahrung der Bundestagswahl 2002 wiederholt und die neue Regierung*

*nach der Wahl ohne klares Mandat für große institutionelle Veränderungen dasteht“*².

Diese Aussichten machen dem Establishment Angst und führen derzeit zu einer regelrechten Schlammschlacht in Politik und Massenmedien gegen das linke Bündnis.³

2. Nur mit einer linken Alternative zur Agenda-Politik von Merkel und Schröder kann der Aufstieg der Nazis gestoppt werden.

Der zur WASG übergetretene ehemalige baden-württembergische SPD-Landeschef Ulrich Maurer argumentiert, dass eine neue Linke angesichts der Politik der etablierten Parteien auch deshalb so wichtig ist, weil sonst rechtsradikale Parteien das Vakuum füllen könnten: *„Es gibt keinen Bedarf für vier neoliberale Parteien in Deutschland. Wie gemäßigt fortschrittlich getüncht oder grün angestrichen sie auch sein mögen. Die Wut der Verlierer wird ihr Ventil suchen und finden bei braunen Rattenfängern oder in der Selbsterstörung und Gewalttätigkeit.“*⁴

Der Hauch von Weimar, der durch Deutschland weht, hat zum Erstarken der Nazis geführt. Am rechten Rand versuchen sie, Arbeitslosigkeit und Verzweiflung auf ihre Mühlen zu lenken. Nach dem schockierenden Wahlerfolg der NPD in Sachsen 2004, den sie vor allem mit einem Anti-Hartz-IV-Profil errungen hat, kann sie die Verzweiflung der Menschen aber nicht mehr so gut anzapfen. Sowohl die Blockade der NPD-Demo am 8. Mai in Berlin, welche die Nazis demoralisiert hat, als auch die Existenz der WASG, bzw. des Linksbündnisses, macht es für die rechte „Volksfront“ schwerer, sich als Alternative zu präsentieren.

In den letzten Jahren ist Deutschland von einer Großen Koalition des Sozialabbaus regiert worden. SPD und CDU stehen für die gleiche Politik: den unsozialen, neoliberalen Umbau der Gesellschaft. Die großen Parteien haben sich den Profitinteressen der Unternehmen untergeordnet – deshalb denken sie nicht einmal daran, ihre Politik zu ändern.

Die derzeitigen linken Versprechungen der SPD sind Wahlkampfmanöver und unglaubwürdig. Merkel und Schröder stehen für Varianten der Agenda-Politik. Beide fürchten daher die neue Linkspartei, weil sie genau erkennen, dass in diesem Projekt eine Kraft steckt, die den „Reformkurs“ aufhalten könnte: *„Der Angriff der Linkspopulisten ist die einzige echte Gefahr für Merkels Ziel, allein oder mit der FDP zu regieren und das Land wirklich zu verändern“*⁵.

Die Bundestagswahl wird zu einer Abstimmung über das Projekt eines radikalisierten Angriffs auf Sozialstaat und Gewerkschaften. Dabei geht es auch darum, den Nazis eine Niederlage zu versetzen. Die linke Alternative dazu muss unter Zeitdruck aufgebaut werden. Das Linksbündnis aus WASG und PDS ist eine bitter nötige Alternative – unter der Voraussetzung, dass sie Teil des außerparlamentarischen Widerstandes gegen die kommende Regierung wird.

3. Wenn der außerparlamentarische Widerstand eine starke parlamentarische Stimme bekommt, kann sich die Schreckstarre in den Gewerkschaften lösen.

Ob schwarz-gelb oder große Koalition – die Angriffe werden weitergehen. Merkel kündigt bereits vor der Wahl tiefe Einschnitte an: Kopfpauschale, Demontage von Flächentarif und Mitbestimmung, Mehrwertsteuererhöhung und weitere Angriffe sollen schnell durchgesetzt werden. Dagegen muss Widerstand formiert werden.

Ein erfolgreicher Bundestagswahlkampf des Linksbündnisses kann neoliberale Sachzwangargumente zurückdrängen, eine Alternative sichtbar machen und dokumentieren, wie groß das anti-neoliberale Lager ist. Sein Erfolg kann vor allem die Schreckstarre innerhalb der Gewerkschaften lösen, in die sie neben der Akzeptierung der Standortlogik (Abwanderungsdrohungen) und der Sozialpartnerschaft die Loyalitäten gegenüber Sozialdemokraten und Grünen geführt haben.

Schröder konnte seine Angriffe 2004 auch deshalb durchsetzen, weil die Gewerkschaften an die Politik der SPD gefesselt waren. Der DGB ließ auf die Massendemo von einer halben Million Menschen im April 2004 keine Mobilisierung mehr



folgen, die Montagsdemonstranten wurden nicht ernsthaft unterstützt. Die Angst vor einer CDU-Regierung bremste den Widerstand aus.

Deshalb ist es von entscheidender Bedeutung, mehr und mehr Gewerkschafter für das Linksbündnis zu gewinnen. Die Kraft der Arbeiterbewegung ist zentral, um zukünftige Angriffe zurückzuschlagen und soziale Verbesserungen erkämpfen zu können. Um die Gewerkschaften wieder kampfkraftiger zu machen, ist der Bruch mit der SPD nötig.

Das gilt auch für den Fall einer SPD in der Opposition. Der Geschäftsführer von ver.di Stuttgart, Bernd Riexinger, weist darauf hin, dass „nach einem Wahlsieg der CDU/FDP die Sozialdemokratie wieder verbal nach links gehen wird und insbesondere dann die Gewerkschaften wieder den Schulterschluss mit der SPD schließen, wenn die CDU/FDP wie angekündigt die Tarifautonomie zerstören und die Betriebsverfassung verschlechtern. Dann wird der Spielraum sowohl für die WASG als auch für diejenigen in den Gewerkschaften, die für die offensive

Wahrnehmung des politischen Mandates und für die Loslösung von der SPD eintreten geringer. Das könnte kaum passieren, wenn sich ein ernstzunehmendes Linksbündnis auch parlamentarisch etabliert“⁶.

Die Chance für eine erneuerte, kämpferische Gewerkschaftsbewegung ist da – der *Tagesspiegel* bemerkt: „Die Linkspartei gewinnt im Lager der Gewerkschaften an Attraktivität – trotz der Zurückhaltung der DGB-Spitze“⁷. Die *Financial Times Deutschland*, Organ der Arbeitgeber, fürchtet bereits, dass sich mit der WASG eine „politische Guerilla der Gewerkschaften“ bildet. Sie könnte Recht behalten, denn mit der WASG hat sich erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik eine Kraft gegründet, die die Hegemonie der SPD in der organisierten Arbeiterbewegung in Frage stellt.

4. Die Schaffung einer neuen gesamtdeutschen Linken ist ohne die PDS nicht denkbar.

Einige Sympathisanten und Aktive in der WASG stehen einer Zusammenarbeit mit der PDS sehr skeptisch gegenüber. Sie kritisieren die Zusammenarbeit entweder wegen der SED-Vergangenheit der PDS oder wegen ihrer Regierungspolitik.

Die PDS war im Osten eine wichtige Kraft in der Bewegung der Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV. Sie hat sowohl zum Gelingen der Demonstration gegen Sozialabbau vom 1.11.2003 beigetragen wie zu vielen Antikriegsdemonstrationen. Die PDS wird deshalb bundesweit in erster Linie als Teil der linken Opposition wahrgenommen, auch wenn dies im Gegensatz zur Regierungspolitik in Berlin und Schwerin steht.

Bei aller Kritik an der Geschichte der PDS: Die Gleichsetzung von SED und PDS ist nicht haltbar. Die PDS ist nicht einfach die alte Staatspartei der DDR und war das auch Anfang der 90er nicht. Der DDR-Staatsapparat wurde 1989/90 zerschlagen. Viele seiner tragenden Säulen haben sich dann sehr schnell ihre Karriere gesichert – außerhalb der PDS.

In der PDS geblieben sind diejenigen, die trotz des Scheiterns der DDR nicht von dem Projekt einer anderen Gesellschaft lassen wollten. Heute ist die PDS auf Bundesebene daher vor allem eine linkssozialdemokratische Partei in der Opposition.

Die PDS steckt allerdings in einem Widerspruch zwischen Theorie und Praxis im Kampf gegen Sozialabbau und Krieg einerseits und ihrer Politik im Rahmen der Regierungsbeteiligungen andererseits. Die Erfahrungen der Landesregierung in Berlin zeigen, dass es falsch ist, auf Grundlage eines neoliberalen Regierungsprogramms Regierungsverantwortung zu übernehmen. Die Macht der Wirtschaft ist so groß und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so schlecht, dass es eine Möglichkeit einer sozialen Veränderung nur gibt, wenn es eine massive gesellschaftliche Gegenmobilisierung auf der Straße und in den Betrieben gibt. Macht die Linke Zugeständnisse an einen neoliberalen Regierungspartner, wird sie zum Hindernis in der gesellschaftlichen Gegenmobilisierung, da sie ja schlecht gegen ihre eigenen Kompromisse mobilisieren kann. Um ein Beispiel zu nennen: Das Argument „Massenkaufkraft stärken“ zur Ankurbelung der Binnenkonjunktur beißt sich mit der Kürzung eben dieser Massenkaufkraft bei den Berliner Verkehrsbetrieben um 36 Millionen Euro durch die Tarifpolitik des Berliner Senats.

Zudem verfolgt die PDS im Osten eine Art regionaler Standortpolitik, in der sie sich speziell der „Mittelstandsförderung“ verschrieben hat. Sie agiert damit wenig erfolgreich als Helferin von Unternehmen, deren Forderungen immer wieder gegen Arbeitnehmer zielen – anstatt aktiv für eine Ausweitung der Tarif- und Sozialstandards zu mobilisieren. Mittelständische Unternehmen sind viel stärker von der schwachen Binnennachfrage betroffen als die auf den Export schielenden Großkonzerne. Um die Nachfrage zu steigern, müssen die Löhne erhöht werden – und dafür muss auf der Straße und im Betrieb gekämpft werden, genauso wie für öffentliche Beschäftigungsprogramme. Eine direkte Subventionierung von mittelständischen Unternehmen führt im Allgemeinen nicht zur Verbesserung der Beschäftigungslage, sondern erhöht nur die privaten Gewinne.

Die PDS wegen ihrer Regierungsbeteiligung in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern aber pauschal als Teil des neoliberalen Blocks zu charakterisieren, wird ihrer Widersprüchlichkeit ebenso wenig gerecht wie ihre Diffamierung als „SED-Nachfolgepartei“.

5. Im gemeinsamen Bundestagswahlkampf kann eine vereinte Linke entstehen, die weit über die WASG und die PDS hinausgeht.

Die Gründung der WASG hat die Krise in der SPD beschleunigt und vielen Menschen wieder politische Hoffnung gegeben. Die Perspektive eines Linksbündnisses zeigt die gleiche Wirkung auf höherem Niveau. Seit der Diskussion um das Linksbündnis traten mehrere Tausend in die WASG und in die PDS ein, in Umfragen ist das Bündnis drittstärkste Kraft und damit deutlich stärker als die Summe von WASG und PDS für sich genommen.

Die WASG wurde nicht als Selbstzweck gegründet. Sie wurde gegründet, um eine Situation zu beenden, in der die Mehrheit ohne politische Vertretung dasteht, während ihre Lebensinteressen mit Füßen getreten werden. Um ihrem Ziel treu zu bleiben, muss die WASG bereit sein, sich in den Entstehungsprozess einer breiten anti-neoliberalen Linken einzubringen.

Dabei ist es von großer Bedeutung „wichtige Köpfe“ anzuziehen. Gysi und Lafontaine meinen es ernst mit ihrer Positionierung gegen Neoliberalismus. Das zeigen ihre zahlreichen offensiven Stellungnahmen. Sie werden permanent diffamiert, weil sie die gefährlichsten Köpfe aus Sicht der Neoliberalen sind, denn sie sprechen das massenwirksam aus, was Millionen Menschen denken.

Die neue Linkspartei muss aber mehr sein als ein Wahlverein für Gysi und Lafontaine. Ihre Popularität kann dazu dienen, dass Tausende Aktivisten, insbesondere diejenigen Teile der Gewerkschaftsbewegung, die nicht bereit sind im Namen der Standortkonkurrenz Verschlechterungen des Lebensstandards hinzunehmen, im Linksbündnis zusammenkommen. Deren Aktivität kann die Dynamik der neuen Partei bestimmen und mit dem Aufbau breiten Widerstandes gegen die Offensive der Herrschenden verknüpft werden.

Der gemeinsame Wahlkampf kann Menschen aus der WASG, den Gewerkschaften, ATTAC, der PDS und anderen linken Organisationen sowie ehemalige Anhänger von SPD und Grünen zusammenbringen. Daraus kann eine Linke entstehen, die pluralistisch sein wird. Über viele Fragen, z.B. die Regierungsbeteiligungen, Blauhelmeinsätze oder Sozialismusvorstellungen, wird kontrovers diskutiert werden. Unter

dem Eindruck der katastrophalen Bilanz von Rot-Grün und von PDS-Regierungsbeteiligungen gewinnen kritische linke Positionen in diesen Diskussionen an Gewicht. Die Protagonisten einer Regierungsbeteiligung in der PDS sind nicht umsonst die schärfsten Kritiker des Projekts eines gemeinsamen Wahlantritts gewesen. Sie fürchten eine Diskussion, an deren Ende die Beendigung der Regierungsbeteiligungen steht.

Ein gemeinsamer Bundestagswahlkampf mit der Perspektive der Gründung einer gemeinsamen Linkspartei bietet die Möglichkeit, die Linke vor Ort deutlich zu stärken. Aus der globalisierungskritischen Bewegung kommt der Slogan: „Global denken – lokal handeln!“. Diese Idee kann nun Realität werden.

6. In dem Prozess der Neuformierung spielt die WASG eine wichtige Rolle.

Die WASG verkörpert das Neue in der politischen Landschaft. Ohne ihre Gründung hätte es keinen Loslösungsprozess von der SPD in dem Ausmaß gegeben und auch nicht den Prozess der Herausbildung einer neuen linken Kraft.

Seit der Diskussion um das Linksbündnis hat die WASG einen deutlichen Aufstieg erlebt. Sie ist – anders als es Kritiker befürchteten – nicht an den Rand gedrängt worden. Im Gegenteil: Die Entwicklung hat vor allem die WASG gestärkt. Das hat viele anfängliche Bedenken ausgeräumt.

Die Gegner des Linksbündnisses innerhalb der WASG reagieren darauf, indem sie dem Wahlbündnis inzwischen zustimmen, dafür aber keinen gemeinsamen, sondern einen getrennten Wahlkampf wollen und das Projekt einer gemeinsamen Parteigründung ablehnen. Begründet wird die Ablehnung damit, es handle sich um eine „Vereinigung von oben“. Aber gerade im Wahlkampf besteht die Möglichkeit, eine gemeinsame Linkspartei an der Basis mit Leben zu füllen.

Das Projekt sieht zudem keine sofortige „Fusion“ vor, sondern gemeinsame Schritte in Richtung einer gemeinsamen Partei in gleichberechtigt besetzten Gremien, auf deren Grundlage die Mitgliedschaften von WASG, PDS und hoffentlich tausende andere Menschen später diskutieren und entscheiden können. Das ist wichtig, weil eine neue Linkspartei nicht die politischen und strukturellen Probleme der PDS übernehmen darf.

7. Für eine linke Antwort auf die Kapitalismusdebatte

Die vorgezogenen Neuwahlen und die Möglichkeit eines neuen Linksbündnisses haben eine Aufbruchstimmung ausgelöst. Millionen von Menschen sind heute offen für linke Alternativen. Ein Wahlerfolg der Linkspartei wäre ein Wahlsieg gegen die Rechten und könnte die Linke im Kampf gegen die kommende Regierung stärken.

Das gilt nicht nur im Kampf gegen Sozialabbau. Auch während des Irak-Krieges hat uns eine starke Kraft gefehlt, die Schröder kritisiert, weil er den Luftraum für die US-Bomber nicht gesperrt hat.

Die bisherige WASG ist nur die Spitze des Eisbergs. Die politischen Brüche in der Gesellschaft gehen viel tiefer. Die Linke kann ihre Isolation überwinden und Millionen beeinflussen, den Kampf gegen den Neoliberalismus aufzunehmen. Der Klassenkampf wird gebremst, solange es keine linke Alternative zur SPD gibt. Daher brauchen wir die Linkspartei.

Die Gründung dieser Partei findet unter den Bedingungen einer Debatte über den Kapitalismus statt. Das soziale Elend von über 2

Millionen Menschen, die direkt von Hartz IV betroffen sind, die Angst von Millionen, die von sozialem Abstieg betroffen sind, Bushs globaler Krieg, Krisen und Rebellionen weltweit: Unter diesen Bedingungen wächst der Wunsch nach einer politischen Alternative und die Überzeugung, dass wir grundsätzliche Veränderungen brauchen, damit wir eine bessere Zukunft haben können. Es ist daher auch die Aufgabe von allen, die den Kapitalismus grundsätzlich bekämpfen wollen, das neue Bündnis zu stärken – im Wahlkampf und im anschließenden Prozess der Neuformierung.

Die Diskussion über die Bildung einer gemeinsamen Partei wirft Fragen darüber auf, auf welcher politischen Grundlage eine neue Linke gebildet werden sollte. Dabei ist eine kritische Auseinandersetzung mit der Realpolitik der PDS und anderer



Linksparteien in Europa von Nöten. Die Erfahrung der Grünen, die als linker Hoffnungsträger der Umwelt- und Friedensbewegung gestartet waren und nun selbst die Durchsetzung neoliberaler Maßnahmen vorantreiben bzw. den Weg für weltweite Kriegseinsätze der Bundeswehr durchgesetzt haben, dient dabei als abschreckendes Beispiel. Wir müssen aus diesen Fehlern lernen, um unsere Opposition gegen die neoliberale Offensive schlagkräftiger zu machen. Die Diskussion über das Fundament einer gemeinsamen Linkspartei hat gerade erst begonnen. Im Folgenden sollen jedoch schon ein paar Eckpunkte formuliert werden, die Bedeutung für die Ausrichtung der zukünftigen neuen Linken haben können:

■ Nein zur Regierungsverantwortung

Die Erfahrungen der PDS und der Grünen zeigen: Wo linke Parteien Regierungsverantwortung übernahmen oder eine Tolerierungspolitik betrieben, wurden sie zu linken Feigenblättern von Kürzungsregierungen oder zu Krisenverwaltern maroder Kassen. Jeder Ansatz linker Regierungspolitik wurde mit einer Offensive der Unternehmensverbände und der Massenmedien beantwortet, die nicht davor zurückschreckten auch „außerparlamentarisch“, z.B. mit der Androhung von Investitionsstreiks oder Pressekampagnen, gegen eine gewählte Regierung vorzugehen. Dies war einer der Gründe des Rücktritts von Oskar Lafontaine 1999. Die *Wirtschaftswoche* bezeichnete damals die Kampagne der Unternehmerverbände als „*Revolution des Kapitals*“.

Jede Strategie für gesellschaftliche Veränderung muss sich die Frage stellen, was wir dieser Macht entgegensetzen können. „Veränderung beginnt mit Opposition“ war 1994 eine Wahlkampfparole der PDS, die in die richtige Richtung deutete. Der Erfolg der neuen Linken steht und fällt mit der Mobilisierung

außerparlamentarischer Kräfte, insbesondere der Macht der organisierten Arbeiterbewegung. So wurden auch in der Vergangenheit politische und soziale Rechte, höhere Löhne etc. erkämpft. Konkret sollte sich die Linkspartei nach den Bundestagswahlen an öffentlichen Diskussionen beteiligen, die planen, wie man sich den Angriffen der zukünftigen Bundesregierung auf der Straße entgegenstellen kann.

■ Die neue Linke als Teil des internationalen Widerstandes

Die neoliberale Offensive findet weltweit statt. Sie ist Produkt der verschärften Konkurrenz in einer stagnierenden Weltwirtschaft. Auf der ganzen Erde findet eine Rebellion gegen diese

Politik statt. In Lateinamerika wurden in den letzten Jahren mehrere Regierungen durch Massenbewegungen gestürzt, in Italien und Frankreich streikten Millionen gegen Kürzungsprogramme der dortigen Regierungen. Auch die Ablehnung der EU-Verfassung und der globale Protest gegen Krieg und Besatzung im Irak sind in dieses Bild einzuordnen. Die globalisierungskritische Bewegung formulierte als erstes, dass die verschiedenen Bewegungen zu einem Kampf um eine andere Welt zusammengefasst werden müssen. Der Widerstand,

der sich in den letzten Jahren in Deutschland gebildet hat, ist Teil einer internationalen Reaktion auf die Auswüchse des globalen Kapitalismus. Die neue Linkspartei sollte sich als Teil dieser globalen Bewegung sehen und sie aktiv mit aufbauen.

■ Anti-neoliberale Einheit und Antikapitalismus

Die zunehmende wirtschaftliche Instabilität führt dazu, dass jede soziale Errungenschaft immer schärferen Attacken von Unternehmerseite ausgesetzt ist. Daher bleibt die Debatte um eine radikale Veränderung der Machtverhältnisse und die Überwindung des Kapitalismus für jeden linken Ansatz, der dauerhafte Veränderung anstrebt, aktuell. Eine neue Linkspartei sollte die strategische Debatte über Alternativen zum Kapitalismus ermöglichen. Sie muss jedoch im Rahmen der grundsätzlichen Einigkeit über konkrete Forderungen und Kampfziele stattfinden.

Eine mögliche neue Linkspartei, die strategisch nicht beschränkt ist, könnte Hunderttausende aus der politischen Apathie reißen.

Fußnoten:

¹ FAZ, 30.5.2005

² Handelsblatt, 1.7.2005

³ Eine zutreffende Antwort auf die „Fremdarbeiter“-Debatte und die Angriffe auf Lafontaine ist nachzulesen in: Linksruck, Nr. 204, 20.7.05

⁴ Ulrich Maurer in Spiegel-online: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,358567,00.html>

⁵ Welt am Sonntag, 11.6.2005

⁶ Bernd Riexinger in einem Positionspapier, dokumentiert in Linksruck, Nr. 202, 22.6.05

⁷ Tagesspiegel 6.7.2005